

gen für anschließend im Bücher-schrank verschwindende Synodenbeschlüsse soll im Vordergrund stehen, sondern der Versuch, miteinander über allseits bedrängende Fragen der Ortskirche ins Gespräch zu kommen. Dabei soll das Gespräch nicht durch das Korsett des kirchenrechtlich umschriebenen Instituts „Diözesansynode“ belastet werden. In Freiburg werden gut 200 Delegierte zweimal innerhalb dieses Jahres zusammenkommen, in München-Freising rund 100 Delegierte einmal – Fortsetzung in beiden Fällen nicht ausgeschlossen. Wie überhaupt beide Bischöfe sich geradezu überbieten in Versicherungen, daß das Gespräch so offen wie nur möglich geführt, niemand in seiner Freiheit eingeeengt und sowenig wie möglich präjudiziert werden solle. Trotz aller erklärten und auch nicht in Zweifel zu ziehenden Dialogbereitschaft der Bischöfe ist die Tendenz, statt Synoden unverbindlicheren Gesprächsforen den Vorzug zu geben, nicht unproblematisch. Wer die gemeinsame Verantwortung des Gottesvolkes für die kirchliche Gemeinschaft stärken will – und das war immerhin der mit der Würzburger Gemeinsamen Synode eingeschlagene Weg –, kann sich nicht mit einer letztlich nur vage bleibenden Gesprächsbereitschaft zufriedengeben. Wo Verantwortung geteilt werden soll, braucht es dazu verbindliche Strukturen. Wer berät? Was wird beraten? Wann wird beraten? – solche Fragen dulden keine Unverbindlichkeiten und Zufälligkeiten. Wer das synodale Element in der Kirche stärken will, kann die Entscheidung, ob und wann eine Synode stattfinden soll, nicht abhängig machen von der Frage, ob dabei etwas mehr oder weniger Papier herauskommt und wie intensiv diese Papiere nachher gelesen werden. Ebensowenig kann letztlich den Ausschlag geben, ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt opportun oder nicht opportun ist zu beraten – in der Befürchtung, früher einmal durchgesetzte Positionen möglicherweise nicht mehr halten zu können. Und auch die vielfach zu hörende Klage, man wolle sich nicht überfordern und obendrein nicht unentwegt Fragen diskutieren, über die ohnehin

nur gesamtkirchlich befunden werden könne, ist nicht unproblematisch: Wie leicht könnte sie als eine *Selbstentmündigung* von Diözesen mißdeutet werden.

Vorbehalte gegenüber dem Institut Diözesansynode, wie es das Kirchenrecht kennt, sind insoweit berechtigt, wie damit noch zuwenig von dem realisiert wird, was an synodalem Ausdruck kirchlicher „communio“ wünschenswert wäre. Die Vorbehalte, die gegenwärtig die Diskussion bestimmen, laufen jedoch darauf hinaus, daß man die Zielperspektive von mehr verbindlicher Synodalität bei der Kirchenführung aus dem Auge zu verlieren droht. Letzteres dürfte damit zu tun haben, daß man Kirche immer noch zuwenig als das wahrzunehmen gelernt hat, was sie eben auch ist: *Gemeinwesen*. Aus dem gesellschaftlichen und staatlichen Bereich bringen Zeitgenossen, die Glieder der kirchlichen Gemeinschaft sein wollen, eine bestimmte *politische Kultur* mit, unter deren Niveau auch das kirchliche Gemeinwesen auf die Dauer nicht zurückfallen darf, wenn es nicht nachhaltig Schaden nehmen will. nt

Involviert

Kirche und Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien und der ČSFR

Von den Nationalitätenkonflikten, die nach dem (mehr oder weniger vollständigen) Ende der kommunistischen Herrschaft das Gesicht Mittel-, Ost- und Südosteuropas mitprägen, ist die *katholische Kirche in unterschiedlichen Konstellationen* betroffen. In *Litauen* mit seiner fast rein katholischen Bevölkerung gingen und gehen nationale und religiöse Renaissance weitgehend Hand in Hand. In *Rumänien*, wo die katholische Kirche insgesamt in der Minderheit ist, umfaßt sie sowohl Angehörige der rumänischen Mehrheit wie der (deutschen, vor allem aber ungarischen) Minoritäten. In *Jugoslawien* sind die Grenzen zwischen den

beiden Hauptprotagonisten des gegenwärtigen Ringens um die künftige politische Organisationsform auch konfessioneller Natur: den katholischen Kroaten stehen die orthodoxen Serben gegenüber. Demgegenüber ist die katholische Kirche in der *Tschechoslowakei* sowohl im böhmisch-mährisch-schlesischen wie in dem nach größerer Autonomie oder sogar völliger Souveränität strebenden slowakischen Landesteil Mehrheitskirche.

Die tschechischen wie die slowakischen Bischöfe haben in verschiedenen Stellungnahmen der letzten Zeit versucht, Öl in die Wogen zu gießen und zu einer gütlichen, die legitimen Interessen aller Beteiligten berücksichtigenden Lösung der nationalen Spannungen beizutragen. Allerdings ließen die Bischöfe der Slowakei keinen Zweifel daran, daß sie die Bemühungen um eine größere Autonomie ihrer Heimat unterstützen, ohne sich zum Fürsprecher einer völligen Loslösung der Slowakei aus dem tschechoslowakischen Staatsverband zu machen. Die böhmischen und mährischen Bischöfe hielten ihrerseits fest, gerechte politische und wirtschaftliche Lösungen für die Koexistenz der in der ČSFR lebenden Völker seien nur durch die Überwindung von Vorurteilen und Emotionen möglich. Die katholische Kirche sei sich ihrer *Brückenfunktion* und ihrer Aufgabe bewußt, die verschiedenen Völker der Tschechoslowakei zu vereinen und die Gesellschaft zu Versöhnung und Zusammenarbeit in der Zukunft zu bewegen.

Die *kroatischen Bischöfe* sahen sich im Februar zu einer ausführlichen Erklärung genötigt, in der sie ihren Mitbrüdern in der Weltkirche ihre Sicht der Geschichte Jugoslawiens und der gegenwärtigen Konfliktsituation darlegten. Angesichts der schlechten Erfahrungen der katholischen Kirche Kroatiens sowohl mit dem „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ zwischen den Weltkriegen wie mit dem jugoslawischen Staat Titos heißt es, man sehe „im neuen politischen Rahmen der Verselbständigung der Völker“ Jugoslawiens eine Möglichkeit für freieres Wirken und ein friedlicheres Zusammenleben in einer pluralistischen

Gesellschaft. Gleichzeitig wird beklagt, daß nicht zuletzt ein Teil der serbisch-orthodoxen Kirchenführung für ein zentralistisches, serbisch dominiertes Jugoslawien eintrete und die katholische Kirche der Verschwörung gegen das Serbentum bezichtige.

Zweifellos haben sich die ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen der serbischen Orthodoxie mit ihren teilweise tief verwurzelten antikatholischen Ressentiments und der katholischen Kirche in Kroatien durch die Spannungen und Auseinandersetzungen der letzten Zeit nochmals verschlechtert. Allerdings gibt es auch einige hoffnungsvolle Signale: So appellierte sowohl der Zagreber Erzbischof, Kardinal *Kuharić*, wie der neue serbische Patriarch *Pavle* nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen im slawonischen Ort Pakrac an die Angehörigen beider Nationalitäten, alle Anstrengungen für eine Rückkehr zu einem friedlichen Zusammenleben zu unternehmen. Der serbisch-orthodoxe Bischof von Novi Sad (Vojvodina) warnte davor, die Übereinstimmung von Konfession und nationaler Zugehörigkeit in Jugoslawien als Grundlage einer nationalen oder gar nationalistischen Ideologie zu mißbrauchen.

Sowohl in der Tschechoslowakei wie in Jugoslawien sind die Dinge derzeit noch in der Schwebe: Das neue Verhältnis zwischen Gesamtstaat und Teilstaaten in der ČSFR muß erst noch ausgehandelt und in einer neuen Verfassung festgeschrieben werden. Die Auflösung des jetzigen Jugoslawien dürfte zwar nur noch eine Frage der Zeit sein; es ist aber noch nicht abzusehen, welchen Status die bisherigen Republiken dann jeweils haben werden. In der Slowakei wie in Kroatien besteht eine historisch gewachsene enge Verbindung zwischen den nationalen Bestrebungen und der katholischen Kirche als einem entscheidenden Träger national-kultureller Identität. Schon deshalb ruht auf der Kirche in beiden Fällen auch eine besondere Verantwortung für das jeweilige Gemeinwesen, ohne daß sie sich für politische Zwecke oder zur Unterstützung nationaler Emotionen instrumentalisieren lassen dürfte. ru

Kardinäle: Offensive gegen Abtreibung und Sekten

Das außerordentliche Konsistorium, zu dem das Kardinalskollegium vom 4. bis zum 7. April im Vatikan zusammentraf, war schon das vierte seit Beginn des jetzigen Pontifikats. Von den Beratungsthemen her bedeutet die jüngste Vollversammlung der Kardinäle aber eine Zäsur: Während die bisherigen Treffen vom November 1979 (vgl. HK, Dezember 1979, 594–596), vom November 1982 (vgl. HK, Januar 1983, 4–6) und vom November 1985 (vgl. HK, Januar 1986, 8f.) weitgehend von den Themen *Kurienreform* und vatikanische *Finanzen* beherrscht waren, ging es diesmal nicht um Strukturfragen, sondern um zwei sehr unterschiedliche Herausforderungen für die katholische Weltkirche, die sich ungeachtet der beträchtlichen regionalen Variationsbreite in allen Weltgegenden auf die eine oder andere Art stellen. Die Kardinäle befaßten sich bei ihrer Vollversammlung mit den Themen „Die Haltung der Kirche angesichts der gegenwärtigen Bedrohungen gegen das Leben (mit besonderer Berücksichtigung der Abtreibung)“ und „Die Verkündigung von Jesus Christus, dem einzigen Erlöser, und die Herausforderung der Sekten“. Die öffentliche Aufmerksamkeit galt dabei (jedenfalls in Europa) vor allem den Beratungen zu den Bedrohungen des Lebens und möglichen kirchlichen Initiativen auf diesem Feld, nicht zuletzt aufgrund des massiv zivilisationskritischen Referats des Präfekten der Glaubenskongregation, *Joseph Kardinal Ratzinger* (vgl. ds. Heft, S. 223).

Zuviel Schwarzweißmalerei

Die Ausführungen Kardinal Ratzingers, die ein düsteres Szenario eines umfassenden „Kriegs gegen das Leben“ in der modernen Gesellschaft

entwerfen und als Wurzel allen Übels ein falsches Verständnis von Freiheit und Gewissen namhaft machen, wurden durch Berichte zur Situation in den verschiedenen Erdteilen flankiert. Dabei beklagte Kardinal *Joseph O'Connor* (Erzbischof von New York), daß in den USA und Kanada die ungeborenen Kinder ohne verfassungsmäßigen Schutz seien und nicht als Personen gelten würden; das bürgerliche Gesetz werde zum „großen Lehrmeister der Gesellschaft und zum moralischen Schiedsrichter“, dem das göttliche und das Naturgesetz untergeordnet würden. Die schwärzesten Töne schlug der Bologneser Erzbischof, Kardinal *Giacomo Biffi*, an. Er bezeichnete die mit gesetzlicher Erlaubnis durchgeführte und von der Gesellschaft finanzierte Abtreibung als den „schändlichsten“ aller Kriege und verglich die gegenwärtige westliche Gesellschaft mit der heidnischen, die Paulus im ersten Kapitel des Römerbriefs als ihren Lastern ausgelieferte beschreibt.

Demgegenüber waren die Berichte aus Lateinamerika und Afrika eher nüchterne Aufzählungen der verschiedenen Lebensbedrohungen in den Ländern der Dritten Welt. So zählte Kardinal *José Freire Falcão*, der Erzbischof von Brasília, neben der Abtreibung un-menschliche Lebensbedingungen, unzumutbare Arbeitsbedingungen, Krankheiten, Gewalt, Guerillakriege, Analphabetismus, moralische Permissivität und Prostitution als physische und psychische Lebensbedrohungen auf. Der Erzbischof von Garoua (Kamerun), Kardinal *Christian Wiyghan Tumi*, trug aus afrikanischer Sicht ebenfalls eine lange Liste von Bedrohungen des Lebens vor, von Armut und Sklaverei über ungerechte politische Strukturen und das Banditenunwesen bis hin zu Naturkatastrophen.